Die Staats-Zeitung.

Joh. Georg Ripper,
Herausgeber und Eigenthümer.

Harrisburg, Pa.

Donnerstag, März, 19, 1868.

Demokratisches Staats-Ticket.

Für General Auditor:
Achtb. Chas. E. Boyle,
von Fayette County.

Für General-Landmesser:
Gen. Wellington H. Ent,
von Columbia County.

Der 1ste April. — Solche unserer Leser, die auf den 1sten April ihre Wohnplätze zu verändern wünschen, sind freundlichst ersucht unsere Träger davon in Kenntniß zu setzen. Entfernt wohnende Leser, belieben uns brieflichst davon zu benachrichtigen.

Persönliches.—Wir hatten das Vergnügen während der letzten Woche, Hrn. August Hartje von Allegheny, und Hrn. Jakob Keil von Scharpsburg, Allegheny County auf unserer Office zu begrüßen. Es freut uns immer, solche kernfeste Demokraten wie der Squire und Ex-Burgess bei der Hand zu nehmen. Beide sahen wohl und munter aus, und scheint besonders Letzterer ein entschiedener Feind der Auszehrung zu sein.— Möge ihr Schatten nie kleiner werden.

Auch stattete uns Hr. Dr. Miersen, Geschäftsführer des Philadelphia „Demokrat" einen freundlichen Besuch ab. Obwohl der Besuch kurz, so war er dennoch um so unterhaltender und angenehmer, besonders da wir früher nicht die Ehre hatten, den Herrn Doktor persönlich zu kennen.

Was ist „letz"? — Schon seit mehreren Abenden ist eine Wache von vier Mann am hiesigen Arsenal aufgestellt? Ist es etwa auf einen Diebstahl abgesehen? Ganz sauber ist es unter den Radikalen nicht.

Radikale Infamie!
Grobe Verletzung der Constitution!
Eingriff in das geheiligte Wahlrecht!!

Vor länger als einer Woche übergab eine Committee von Bürgern unsrer Stadt dem Repräsentanten A. J. Herr den Entwurf zu einer Amendirung unseres städtischen Charters. Genannter Herr ist zugleich Vorsitzer der Lokal-Gerichts-Committee. Statt dieses Entwurfes berichtete Hr. Webb (ein Radikaler von Bradford County) am letzten Donnerstag eine Bill von gleichem Titel, wie der Entwurf hat, als von der Committee passirt, im Hause, und durch einen bloßen Zufall kam der Inhalt dieses sauberen Machwerkes zur Kenntniß der Demokraten, welcher in kurzem folgender ist:

1. Jeder freie Mann, der Bürger der Ver. Staaten ist, also auch die Neger, (denn unter der Civil Rights Bill sind die Neger Bürger,) kann stimmen, wenn er 10 Tage in der betreffenden Ward gewohnt hat!!
2. Die Stadt-Wahl wird zugleich mit der Staats- und Countywahl, am 2ten Dienstag im Oktober abgehalten!
3. Die Bill theilt die Stadt in acht Wards ein, macht somit 2 neue Wards.
4. Für jede Ward ernennt die Bill den Wahl-Ausschuß, nämlich für jede Ward 1 republikanischen Wahlrichter und 1 republ. nebst 1 demokratischen Inspektor!! (Somit ist die Mehrheit des Boards in allen Wards von vorn herein republikanisch.)
5. Selekt Council wird abgeschafft.
6. Die Schulverwaltung von Harrisburg wird durch die Bill gänzlich radikalisirt und umgestürzt!
7. Der Court wird die Gewalt ertheilt, City-Auditoren zu ernennen (die natürlich alle Republikaner wären).
8. Die liebenswürdige Gasgesellschaft unserer Stadt wird aufs Neue privilegirt (um blauen Dunst zu machen).

Das sind so die Grundzüge eines Gesetzentwurfes, der von der (un)sauberen Clique Bergner, Bowers, Cole, Smith, Wickersham, ꝛc. ausgeheckt worden ist.

Was aus dem ersten Gesetzentwurf geworden ist, welchen A. J. Herr im Auftrag der Bürger einbringen sollte, wissen die Götter. Unsere radikale Gesetzgebung scheint die „Rekonstruktions-Politik" des Rumpf-Congresses auch in den demokratischen Städten des Nordens ausführen zu wollen; nur fragt es sich, ob das Volk sich eine solche Infamie, Schändlichkeit und Niederträchtigkeit gefallen lassen will, oder nicht. Eine gehörige Tracht Prügel oder ein Fußtritt-Argument a posterori wäre eine wohlverdiente Belohnung dieser feigen Rotte, welche in schnöder Weise ihre freche Hand nach der Verwaltung einer demokratischen City ausstreckt, mit absichtlicher und bewußter Verletzung der Constitution unseres Staates und unter rücksichtsloser Mißachtung des klaren Willens der Majorität.

Haben die Radikalen den Buckshot War—die Zeit, wo Thad Stevens zum Fenster hinaussprang, vergessen?

Verschwenderisch. — Die Mitglieder der jetzigen radikalen Gesetzgebung brauchen jeden Tag **drei Tausend zwölf Cents** werth **Poststämps!!!** Das Volk hat es zu bezahlen. Ist's da ein Wunder, daß die Taxen so hoch sind?

Wie soll's enden? — Die öffentliche Schuld wurde im Dezember um 6 Millionen, im Januar um 12 Millionen und im Februar um 20 Millionen Thaler vermehrt. Das sind die Früchte radikaler Regierungsweisheit.

Demokraten!
Heraus, die Wahl ist da!
Stimmt das ganze Ticket!

Deutsche Mitbürger von Harrisburg! Morgen (Freitag) findet die Stadtwahl statt. Seit Ihr bereit für den Kampf? Die Männer auf unserm Ticket sind unerschütterliche Demokraten, tüchtige Bürger, und für die ihnen zugedachten Aemter vollkommen fähig. Deßhalb streicht keinen von der Liste, sondern stimmt das ganze, ungefälschte demokratische Ticket. Wir kämpfen mit dieser Wahl einen Kampf der Prinzipien—einen Kampf für die Constitution und gegen die Gleichstellung mit der schwarzen Rasse! Weiße Freimänner, bedenket, was Ihr thut! Euer und Eurer Kinder Wohl liegt in Euren Händen!

Den deutschen Demokraten der zweiten Ward möchten wir noch besonders an's Herz legen daß sie für den demokratischen Kandidaten für Schuldirektor, Hrn. F. A. Boehmer, wie ein Mann stimmen, der für dies Amt durchaus fähig und tüchtig ist. Die Radikalen haben, um die Deutschen zu kirren, einen Deutschen als Gegenkandidat aufgestellt gegen den wir persönlich nichts einzuwenden haben (außer daß er radikal ist) der aber bereits unter der Last mehrerer Aemter keucht und deshalb unmöglich die verantwortlichen Pflichten eines Schuldirektors genügend erledigen kann. Alderman, Advokat, Notar, Agent mehrerer Gesellschaften, Kandidat für Mayor (wie die Frau Fama sagt) und noch Schuldirektor—Herr, halt ein mit deinem Segen!

Wir hoffen, daß die Stimmgeber der 5ten Ward eine besondere Ehre darin setzen werden, unseren werthen Freund J. A. Gramm als Schuldirektor zu erwählen. Er ist im vollen Sinne des Wortes ein Ehrenmann, und das ihm zugedachte Ehrenamt könnte keinem Würdigerem verliehen. Seine Erwählung würde zugleich den Hrn. Bühler und Wagner im Schulrath eine willkommene Unterstützung gewähren, um erfolgreich für das Interesse unserer Deutschen im Schulwesen zu wirken.— Darum, frisch an's Werk!

Schließlich möchten wir noch allen deutschen Stimmgebern der Stadt dringend anrathen, ja nicht zu vergessen, für unsern geschätzten Collegen, Herrn Geo. F. Weaver, als City-Schatzmeister zu stimmen. Hr. Weaver ist als ein biederer deutscher Ehrenmann zu gut bekannt, als daß er noch einer besonderen Empfehlung von uns nöthig hätte. Also, nochmals: Hand an's Werk!

Demokraten!

Vergesse Keiner, seine Stimme morgen bei Zeiten abzugeben, um uns vor den Klauen der radikalen Nachteulen zu bewahren.

Ein verdienter Rüffel.

Unser College vom "Vaterlandswächter", (das republikanische Organ dieses County's,) gibt in seiner letzten Nummer einem seiner "schwarzen" Glaubensbrüder folgenden wohlverdienten Rüffel, den wir unsern Lesern nicht vorenthalten können. Unter dem Titel: „Gebet dem Kaiser, was das Kaisers ist," bemerkt nämlich obiges Blatt:

Als am 25. Februar das von Herrn Hickman beantragte Amendment, welches die Streichung des Wörtchens „Weiß" aus der Staats-Constitution verlangt, zur Debatte kam, erhob sich auch Hr. A. C. Reinöhl, Repräsentant des Countys Lancaster, um eine Lanze für das Amendment zu brechen.

Hr. Reinöhl ist ein junges Bürschchen von einigen zwanzig Jahren und wie sein Name schon zur Genüge besagt, ein Nachkomme deutscher Einwanderer, deren Fleiß und Sparsamkeit er wahrscheinlich die achtbare Stellung zu verdanken hat, die er gegenwärtig einnimmt. Wir schicken diese Bemerkungen voraus, damit unsere Leser sofort wissen, mit wem wir es hier zu thun haben.

Im Verlauf seiner Rede für das Negerstimmrecht, die im „Legislative Record" zu finden ist, bedient sich der Vertreter eines deutschen Countys folgender classischer Sprache:—

„Wenn John Moseby ein Bürger ist, warum sollte es nicht der Soldat sein, der für die Fahne kämpfte, welche Moseby in den Staub zog? Und ferner, wenn die Demokraten mittelst kaffeegefärbter Naturalisations-Papiere das Stimmrecht ausländischen Bettlern geben, denen ein A-B-C-Buch ein versiegeltes Geheimniß ist, und die noch nach faulem Wasser riechen—aus deren Kleidern das Celtischt Aroma und der Teutonische Geruch des Vaterlandes vor der reinen Luft der Freiheit noch nicht gewichen ist, warum ꝛc."

Wir schätzen uns glücklich, ein Subjekt persönlich nicht zu kennen, das in den Hallen der Gesetzgebung sich nicht entblödet, seiner Hundsgemeinheit freien Lauf zu lassen und das Andenken seiner vielleicht mit Ehren zur Grube gefahrenen Vorväter zu beschimpfen. Damit dieser unfläthige Grünschnabel aber nicht nur unter seinen unmittelbaren Constituenten in Lancaster County, sondern auch in weiteren Kreisen in verdienter Weise gewürdigt werde, darum stellen wir ihm öffentlich sein testimonium paupertatis aus. Mit diesem ausgerüstet, hoffen wir, wird er sich unter den Celten und Teutonen den Tribut für seine Beredsamkeit—einen Fußtritt auf den Unaussprechlichen — holen. Wenn übrigens republikanische Gesetzgeber sich solcher gemeiner Sprache bedienen, um der deutschen Bevölkerung den Nigger würziger zu machen, als er in Wahrheit ist, kein Wunder dann, wenn sie ihm keinen Geschmack abgewinnen kann.

Brav gesprochen, Herr College. Die "Wolle" kommt eben e bisle zu dick, um selbst von vernünftigen Republikanern geschluckt zu werden. Würden alle unsere deutschen Blätter, ohne Unterschied der Parteifarbe, solchen elenden Mißgeburten, wie dieser Reinöhl zu sein scheint, ähnliche Fußtritte versetzen, so würde man diesen Bürschchen endlich doch etwas mehr Respekt einflößen können, und uns Deutschen mehr Achtung unter den Amerikanern verschaffen. Wir sind begierig zu hören, was unser College vom „Lankaster Volksfreund" über diese derbe Zurechtweisung seines Schooßkindes, des Bürschchen Reinöhl, zu sagen haben wird. Wird er ihn wohl in Schutz nehmen?

Anfang des Impeachment.

Am vorigen Freitag begann der Prozeß gegen den Präsidenten der Ver. Staaten vor dem zum Staatsgerichtshof constituirten Ver. Staaten Senat. Die Vertheidiger des Präsidenten erschienen vor den Schranken desselben und verlangten eine Frist von 40 Tagen, um ihre Vertheidigung auf die elf Anklage-Punkte gegen den Präsidenten auszuarbeiten. Alle Calculationen darüber, daß der Präsident sofort die Competenz der Mehrheit der Richter, d. h. der Senatoren, in Abrede stellen werde, weil sie in frühern Entscheidungen Partei genommen hätten in der vorliegenden Streitfrage, und daß der Präsident ferner sofort die Competenz des ganzen Gerichts bestreiten werde, weil der Senat nicht vollzählig sei,—alle diese Vermuthungen haben sich als unbegründet ergeben. Darin, daß der Präsident oder seine Vertheidiger vor dem Gericht verhandelten und sich dessen Entscheidungen unterwarfen, wenn auch einstweilen nur in formellen Vorfragen, liegt bereits die Anerkennung der Competenz desselben.

Die Forderung einer vierzigtägigen Frist wurde nicht zugestanden. Die „Impeachment Managers", d. h. die vom Haus ernannten Ankläger, eiferten dagegen, der Gerichtshof zog sich zurück und beschloß, daß die Fristerstreckung nur bis zum 23. März gehen solle, was alsdann öffentlich erklärt wurde. Die Reden, welche bei dieser Gelegenheit gehalten wurden, haben nichts Bemerkenswerthes. Seitens der Managers drangen besonders die Herren Bingham und Butler auf die schleunigste Prozedur, da man es mit einem Verbrecher zu thun habe, welchem so bald wie möglich die Möglichkeit genommen werden müsse, weitere Verbrechen zu begehen, d. h. welcher baldigst aus seinem Amt entfernt werden müsse. Seitens der Vertheidigung protestirten die Herren Stanberry (ehemaliger V. St. General-Anwalt, der dieses Amt niedergelegt hat um Vertheidiger des Präsidenten sein zu können), und Herr Nelson entschieden gegen diese „Eisenbahn-Eile", mit welcher man einen so wichtigen und in der Geschichte so einzig dastehenden Fall, wie dieser Staatsprozeß gegen das Haupt des Staates ist, betreiben und zu Ende bringen wolle. Der Beschluß lautete gegen sie. Die Frist wurde nur auf 10 Tage erstreckt und beschlossen, daß alsdann ohne alle weitere Verzögerung der Prozeß seinen Verlauf haben soll. Die Herren Radikalen schmeicheln sich, daß der ganze Prozeß schon im Anfang April zu Ende sein werde, doch verhehlen Einzelne nicht ihre Besorgniß, daß der Präsident am 23. durch verschiedene Einwendungen einen neuen Aufschub zu erlangen suchen werde, den sie jedoch nicht zu bewilligen fest entschlossen sind.

Die Dokumente, welche die Vertheidiger des Präsidenten einreichten, waren ihre Beglaubigung als dessen Anwälte und zweitens ihr Gesuch einer Fristerstreckung von 40 Tagen behufs Ausarbeitung der Replik.

Der erste Tag des Impeachment-Verfahrens wird als sehr unzünstig für den Präsidenten angesehen. Das Verlangen des Präsidenten, daß man ihm vierzig Tage Zeit gebe, wurde in geheimer Sitzung nur von vier Republikanern unterstützt, nämlich von Trumbull, Fessenden, Sprague und Edmunds. Es stimmten 15 dafür, 32 dagegen.

Trotzdem, daß der Beginn des Prozesses auf den 23. März angesetzt ist, glauben doch die Freunde des Präsidenten, daß der wirkliche Anfang des Verfahrens bis Mitte April oder Anfangs Mai hinausgeschoben werde.

Gestern Abend hat Herr Stanberry nach der Vertagung des Impeachment-Gerichts, mit dem Präsidenten eine lange Unterredung gepflogen, und drückte seine Ansicht dahin aus, daß der Senat zur Verurtheilung im Voraus entschlossen ist, was aus der empörenden Manier hervorgeht, mit der die Rechte der Vertheidigung behandelt worden sind. Die Consulenten des Präsidenten haben beschlossen, deren Antwort am 23. d. Mts. einzureichen, und dann die nothwendige Zeit zu verlangen. welche zur Sicherung eines unparteiischen Prozesses nothwendig ist. Wenn deren deßfallsiges Gesuch eingereicht ist, dann kann Seitens der Ankläger die Sache nicht forcirt werden. Es heißt, daß bei Eröffnung der Verhandlungen die Consulenten des Präsidenten gegen die Zusammensetzung des Senats aus dem Grunde protestiren werden, weil in ihm nicht alle die Staaten repräsentirt sind, die das oberste Bundesgericht ungeachtet der neulichen Rebellion als in der Union befindlich erklärt hat. Gegen diesen sehr gewichtigen Einwand kann der Senat nichts vorbringen und muß ihn beachten, wenn er nicht die Entscheidung des Bundesobergerichts ganz und gar außer Acht lassen will. Sollte der Senat jenen Einwand unbeachtet lassen, dann wird an das oberste Bundesgericht eine Appellation eingebracht werden, obgleich für letzteren Schritt noch kein Präcedenzfall existirt. Die Anwesenheit des Senators Wade, der in dem Prozeß eine der interessirten Parteien bildet, wird ebenfalls zum Gegenstand eines Einwandes dienen.

Von Washington.

Washington, 5. März.

Heute Nachmittag hat der Präsident die Resignation des Herrn Henry Stanberry als General-Anwalt der Ver. Staaten angenommen. Herr Stanberry wird mit Andern den Präsidenten im Impeachment-Prozeß vertheidigen.

Die Zeugenverhöre der Impeachment-Sachwalter. Heute wurde Herr Ewen, ehemaliger Berichterstatter der New York World von den Impeachment-Sachwaltern vernommen. Er producirte eine Abschrift seiner Noten über die vom Präsidenten Johnson in Cleveland gehaltene Rede. Hr. Stephen Hays, Berichterstatter des New Yorker Herald, wurde über dieselbe Sache verhört und bezeugte die Wahrheit einer Copie des Berichts, die man ihm vorwies. Auch W. W. Warden wurde in derselben Sache vorgerufen. Oberst W. G. Moore, fungirender Privatsekretär des Präsidenten, wurde bezüglich der Revision der für die Presse bestimmten Rede in das Verhör genommen, welche der Präsident im August 1866 in Erwiederung auf die Anrede eines Committees gehalten hatte. Er hatte ein langes Kreuzverhör hinsichtlich seiner Verbindung mit General Thomas und General Hancock ꝛc. zu bestehen.

Die Wahl in New-Hamshire.

Concord, 12. März.—Zwei Hundert und zwölf Gemeinden geben dem Republikaner Harriman 38,594 Stimmen und dem Demokrat Sinclair 35,555. Neunzehn übrig bleibende Gemeinde gaben dem Harriman im vorigen Jahre 1073 Stimmen, dem Sinclair 1322.

Nach den letzten Depeschen geben 220 Gemeinden dem Harriman 39,283 und dem Sinclair 36,360. Die noch übrigen Gemeinden geben dem Harriman 476 und dem Sinclair 786.

Demnach hätten die Radikalen eine Mehrheit von blos 2613 Stimmen gegen 3098, ein Verlust von 485!

Concord, N. H., 15. März. Die corrigirten Wahllisten erniedrigen Harrimans Majorität bis auf 2530. Das Repräsentantenhaus besteht aus 192 Republikanern und 128 Demakraten.

Der Prozeß Davis verschoben.

Richmond, 12. März. — Die Prozessirung des Jeff. Davis, welche am vierten Mittwoch des Monats März stattfinden sollte, ist nach heute stattgehabten Verhandlungen vor dem Richter Underwood auf den 14. April verschoben.

Verhandlungen der Legislatur.

Harrisburg, 3 März.

Senat.

Mr. Stinson, Montgomery, beantragte eine Bill, welche Schuldirektoren erlaubt auf Applikation von 15 taxpflichtigen Bürgern deutsche Schulen zu gründen.

Messrs. Connell, Glatz, Lowry und Browne stellten Anträge zu Gunsten von Consolidirung von Colleges.

Mr. Connell beantragte eine Akte, welche das Pfandrecht für Schulden Verstorbener an Grundeigenthum beschränkt.

Mr. Connell brachte eine Bill ein wodurch die Schuldverbindlichkeiten von Erben auf Grund-Eigenthum regulirt werden.

Die folgenden Bills wurden passirt: Die Senats-Bill, welche der Girard Mining Co. die Erlaubniß gibt, $200,000 zu leihen.

Die Senats-Bill, welche die Heimath für bedürftige farbige Kinder von städtischen Steuern befreit.

Die Senats Bill, wodurch das Deutsche Hospital in Philadelphia von Steuern befreit wird.

Haus.

Das Committee für Laster und Immoralität legte eine Bill vor, welche die Bürger der verschiedenen Wards, Flecken und Townships ermächtigt, bei jeder Wahl darüber abzustimmen, ob in den betreffenden Wards ꝛc. Licenzes ausgestellt werden sollen. Zum Druck beordert.

Mr. Bull ein Supplement zu der am 22. März 1867 passirten Acte wegen des Fahrens der Neger in den Cars. Darnach soll diese Acte nicht so verstanden werden, daß der farbigen Bevölkerung des Staates irgend welche Rechte oder Privilegien ertheilt wurden, welche die weißen Bürger desselben nicht genießen.

Auf Antrag des Mr. Thomas Mullen wurde dem Wills Hospital die Summe von $2,500 bewilligt.

Dem Israelitischen Hospital wurden auf Antrag des Mr. Josephs $1,000 verwilligt.

Mr. Herr beantragte eine Unterstützung von $5,000 für die Heimath für freundlose Kinder in Harrisburg.

Mr. Schubers verlas ein Gesetz zur Regulirung der Vorwahlen.

Die Verwilligungs-Bill kam dann nochmals zur Verhandlung; der Schule für Schwachsinnige Kinder in Media wurden $19,000 bewilligt, dem Hause of Refuge $35,000.

Als der Antrag, für das Hause of Refuge für West Pennsylvanien $21,000 zu verwilligen zur Discussion kam, beantragte Mr. Boyd (Dem.) ein Amendment, welches dahin lautet, daß nur dann an dieses Institut Gelder ausbezahlt werden sollten, wenn Vorkehrungen getroffen wären, um die weißen und die farbigen Kinder zu trennen.

Nachmittags-Sitzung.

Die Spezial Order für den Abend war die Berathung über die Bill des Mr Hickman, welcher die Constitution dahin amendirt wissen will, daß die Mitglieder der Legislatur ein Salair von $1000 erhalten und das Stimmrecht allen verliehen werden soll, welche die Constitution lesen können.

Der Antrag wegen der Verleihung des Stimmrechts fiel mit 73 gegen 13 Stimmen. (Nachstehend geben wir die Namen obiger 13 „schwarzen" Radikalen, die für die Streichung des Wortes „weiß" aus der Constitution, also für das Negerstimmrecht stimmten:

August Becket, von Allegheny County, (ein Deutscher — Pfui, Schande!) L. Burret, Susquehanna County; Joh. Edwards, Lawrence County; John S. Mann, Potter County; S. M. Meredith, Chester County; W. R. Ford, Allegheny County; W. C. Gordon, Indiana County; J. G. Heilman, Lebanon Co.; John Hickman, Chester County; A. B. Liedom, Delaware Co.; **A. C. Reinöhl,** Lankaster County; D. L. Smith, Allegheny County, und Geo. T. Thorn, Philadelphia.

Seant.—9. März.

Das Justiz-Committee berichtete abweisend über die Bill, welche Eigenthümer von Dampfkesseln verantwortlich macht für den Schaden, der durch ihre Explosion entsteht.

Mr. Jackson verlas ein Gesetz, welches verordnet, daß die Frachtansätze für Kohlentransport auf der Phila-Reading Bahn und irgend einer Bahn, von der jene Aktien besitzt, von der Grube nach einer Zwischenstation nach den Ansätzen regulirt werden sollen, die für den Durchtransport nach Phil'a bestehen.

Eine Resolution betreffs Macademisirung von Straßen in den Landdistrikten passirte beide Häuser.

Mr. Connell beantragte, daß das Eigenthum der Deutschen Gesellschaft von der Taxzahlung befreit werde.

Mr. McConaughy beantragte das Gleiche für die Penna. Staats Ackerbau Gesellschaft.

Haus.

Mr. Josephs beantragte Incorporation der „Penna Improvement Co." zur Errichtung von Tennementhäusern ꝛc.; derselbe beantragte eine Bill zum besseren Schutz von Landstraßen.

Mr. Clarke verlaß eine Akte über die Aufhebung von Zöllen auf Turnpike oder Plank Straßen, ꝛc.

Mr. Alwine beantragte ein Gesetz zum Schutz der Shadfischereien im Delaware.

Senat.—10. März.

Mr. Nagle brachte eine Bill wegen Incorporirung der „American Publishing Company" von Philadelphia ein.

Ebenso einen Zusatz zu dem Akt wegen Unterstützung invalider Feuerleute, wodurch bestimmt wird, daß der Board of Trustees Loose ziehen und dadurch entscheiden soll, welches Drittel von ihnen ein Jahr lattg, welches zwei Jahre und welches Drittel drei Jahre lang, vom 1. Januar 1868 an gerechnet, im Amt bleiben soll und daß dann an jedem ersten Montag des Jannar Trustees gewählt werden sollen welche drei Jahre im Amte bleiben sollen.

Das General Registrirungs-Gesetz wurde mit einem strikten Parteivotum passirt; die 19 Republikaner stimmten für, und die 14 Demokraten gegen dasselbe.

Mr. Brown von Northampton brachte eine Vorstellung der Commissioners von Northampton County gegen jeden Verzug bei Erbauung eines Gefängnisses ein. Ebenso zwanzig Memoriale der Bevölkerung über denselben Gegenstand.

Haus.

Unter den zahlreichen eingebrachten Bills befanden sich folgende:

Eine Bill, wodurch die Recorders of Deeds autorisirt werden, die Certifikate der ehrenvoll entlassenen Soldaten zu registriren.

Mr. Thorn eine Bill, wodurch das Wagner Frei Institut von Steuern befreit sein soll, so lauge dasselbe theilweise zu freien Vorlesungen benutzt wird.

Mr. Adaire eine Bill wegen Incorporirung der Frankford und Holmesburg Eisenbahn.

Mr. Thorn beantragte Widerrufung der Acte, welche das Herumziehen politischer Prozessionen in den Straßen während der letzten 10 Nächte vor der Wahl verbietet.

Mr. Copy eine Bill wegen Bezahlung von Bounties an Freiwillige, deren Namen von den Provost Marschällen nicht eingetragen war, wenn diese nachweisen, daß sie wirklich gedient haben.

Mr. Witham beantragte die Senats Bill nochmals in Erwägung zu ziehen, welche die Stadt Philadelphia anhält die Hälfte von $15,000 zu tragen, welche für den Bau einer Brücke über den Darby Creek bewilligt sind.

Der Sprecher erklärte, die Bill hätte bereits beide Häuser passirt und könnte daher nicht nochmals in Erwägung gezogen werden.

Mr. Witham erklärte, daß die Bewohner Philadelphias gegen die Bill protestirten.

Mr. Bull erklärte, daß er Nichts davon gehört habe.

Mr. Berns von Bucks Co. überreichte eine von 727 Bürgern unterzeichnete Petition, wodurch die Legislatur ersucht wird, Schritte zu thun zur Verhinderung des weiteren Umsichgreifens der Lungenseuche (Pleuro Pneumonia).

Außerdem einen Act, wodurch Pensionen für 6 Veteranen aus dem Kriege von 1812 bewilligt werden.

Mr. Fry eine Petition von 24 Veteranen aus dem Kriege von 1812 wegen Pensionen. Die Petenten waren sämmtlich über 70 Jahre alt und drei von ihnen sogar über 80 Jahre.

Gegen einen Act, welcher der Pittsbug und Connelsville Eisenbahn Gesellschaft das Recht verleiht, Zweigbahnen von ihrer Hauptlinie aus zu bauen, erhob Mr. Mich. Mullin Einwand und derselbe wurde auf eine Woche zurückgelegt.

Aus dem selben Grunde wurde die Bill wegen Incorporirung der Philadelphie und New Hope Eisenbahn Co. auf eine Woche verschoben. Mr. McGinnis erhob den Einwand.

Die Hausbill wegen Incorporirung der Philadelphia Mutual Wall Paper Manufacturing Co. wurde passirt.

Nachmittagssitzung.

Das Conferenz-Committee über das Frei-Eisenbahngesetz schlug mehrere Amendements zur Senats-Bill vor, von denen das eine den von der Court of Common Pleas ernannten Geschworenen das Recht gibt in Schadenersatz-Klagen zu Gericht zu sitzen und den Schadenersatz festzustellen.

Die HH. Jenks und Mann erhoben dagegen Einwand und beantragten, daß das Committee um zwei Mitglieder vermehrt werde, die instruirt werden sollten, auf der Annahme der wichtigen Bestimmungen der Haus Bill zu bestehen. Angenommen. Die HH. Nicholson und Jones wurden zu Mitgliedern des Committees ernannt.

Gegen den Art, wegen Regulirung u. Erhaltung von Ordnung in Concert Salons, Theatern und Vergnügungslokalen in Philadelphia sprach Mr. Kleckner. Verworfen.

Correspondenz aus Ohio.

Canton, März 14, 1868.

Mit Vergnügen können wir berichten, daß unsere demokratische Gesetzgebung energisch zu Werke geht, den Wust von Gesetzen, welche seit zehn Jahren eine abolitionistische Regierung aufgehäuft hatte, auszukehren. Unter andern ist das unbillige und unpraktische Weggesetzt welches die radikalen Tollhäusler noch letzten Winter passirt, über den Haufen geworfen und dahin abgeändert, daß jedem Taxpflichtigen, (die Nigger eingeschlossen) die Wahl gelassen wird, die angesetzten zwei Tage an den Straßen zu arbeiten, oder solches durch Bezahlung arbeiten zu lassen; deßgleichen die Wegtaxe entweder in Arbeit oder in Geld zu bezahlen. — Es ist zu wünschen und wird von einer großen Mehrheit des Volkes erwartet, daß auch die wassersüchtigen Temperenzler mit ihren fanatischen Staatsgesetzen im Widerspruch der gesunden Vernunft und des freien Gewerbes zurechtgewiesen und ihrem hirnlosen Treiben ein Ende gemacht wird; daher die Gesetzgebung, um der Masse des Volkes gerecht zu sein, nicht versäumen sollte, die Licenz-Frage bei der nächsten Staatswahl zur Abstimmung vorzulegen. Wir sind gewiß, daß die Licenz für Verkauf von Getränken eine ebenso große Mehrheit erhalten wird als diejenige, welche letzten Herbst in unserm Staate das Niggerstimmrecht für immer todtschlug. Durch ein Staatslicenz-Gesetz würden nicht nur den Counties Tausende von Dollars erspart, sondern dem Staate bedeutende Einkünfte gesichert und bessere und strengere Ordnung in dem Verkauf von starken Getränken in den Wirthschaftslokalen bezweckt werden. Die Bürger dieses Staates sollten nicht verfehlen, die Gesetzgebung in Zeit auf diese Frage aufmerksam zu machen. — Ein gutes Zeichen, daß unsere Demokraten in der Gesetzgebung die Gesetze und Staatseigenthümer aufrecht erhalten wollen, ist der Beweis, daß dieselben durch eine Comite untersuchen lassen, durch welche Befugnisse geheime Gesellschaften, wie die "Grand Army of Republic", zu den Staatswaffen gelangt sind. — Das heißt so viel: „Streckt eure Gewehr, ihr schwarzen Revolutionsheuler, und gebt eure Waffen, die ihr dem Staate gestohlen, zurück." — Es ist eine zu ernste Zeit, als daß einer geheimen politischen Bande, welchen Namen sie immerhin tragen mag, nur eine Stunde länger die Waffen des Staates in den Händen gelassen werden sollte. In einer so aufgeregten Zeit, in der sich die radikale Teufelsbrut rüstet und kein Mittel, selbst nicht Blutvergießen scheut, ihre Zwecke zu erreichen, sollte unsere Gesetzgebung ungesäumt alle Waffen einziehen und die Miliz im Staate organisiren und sich in Zeit gegen alle Eventualitäten rüsten. Man sollte den Washingtoner Thad. Stevens'schen Usurpatoren nicht länger trauen, daß sie nicht eines Tages das Kriegsgesetz erklären, Conscription in Kraft setzen, freie Rede, freie Presse unterdrücken, demokratische Zeitungen von der Post ausschließen, und alle diejenigen, welche dem Rumpf-Congresse opponiren, gefangen nehmen, verbannen, einkerkern oder morden. Wir wünschen keinen zweiten Bürgerkrieg, allein wir sind dafür, daß sich jeder freie und gesetzliebende Bürger in so ernsten Zeiten wie diese rüstet. Es ist nicht an uns dem Präsidenten Johnson noch der Gesetzgebung das Wort zu führen, allein wir glauben, das Recht zu haben den Bürger auf eine drohende Gefahr der freien Institutionen aufmerksam zu machen, und wenn Präsident Johnson treu und fest seiner Pflicht gemäß, sich an die Constitution hält, ohne Verletzung derselben und ohne gründlich erwiesenes Vergehen abgesetzt werden sollte, jeden gesetzliebenden Bürger, der der Constitution Treue geschworen, aufzufordern, ihm beizustehen und für ihn zu kämpfen.

— Lieber Ripper! Sie publiziren in der vorletzten Nummer die Ankunft von sechs schweren Ochsen in Reading; sollte mich nicht wundern, wenn einige davon von Ohio kommen, indem ein Farmer Namens Peter Gream, und zwar ein guter Demokrat in Fulton Co. zwei solcher Ochsen, die aber zusammen 4410 Pfund wogen, kürzlich verkaufte. In unserm Stark County hat ebenfalls ein Demokrat (Schmucker) zwei Ochsen an Händler verkauft, die zusammen über 4300 Pfd. wogen. Stark County kann Alt Berks bieten. — Das gäben famose Braten für ein demokratisches Siegesfest auf's nächste Spätjahr; was würde die Stovepeip schmunzeln, wenn es wahr werden sollte, He! (Die Stovepeip wäre bis in den dritten Himmel entzückt vor lauter Freud.—Anm. d. Stovepeip.)

— In Canton haben die reichen Abolitionisten alle ihre Niggerdienstboten weggejagt, weil sie deren Gerach nicht mehr vertragen und keine weiße Dienstmädchen halten können. — Der letzte Neger hat mit seiner Familie erst kürzlich die Stadt verlassen, weil er auf seine Frau eifersüchtig geworden, und nicht erlauben wollte, daß sie mit weißen Freunden in Verbindung komme.

—Unsere demokratische Vorwahl für Stadt und Township Canton wird am Samstag den 28. März abgehalten; folgende Candidaten sind bis jetzt angekündigt: für Friedensrichter: C. D. Albert, Joseph Crevoisie, jr. und M. Sarver; für Township Trustees: A. Sponseller, Eli D. Yoder, C. T. Geiger und David Smith, (Farmer); Township Clerk: Joseph Trout; Township Schatzmeister: John Herbst, Georg Feßler; Constabler: Georg Oldfield, A. L. Shorb, und John B. Adams; City Marschall: Georg Oldfield; Stadtrath: 1. Ward—M. Ruhmann; 2. Ward—Heinrich Berymann; 3. Ward—Louis Schäfer; 4. te Ward—Peter Meyers.

Die Eisenbahn von Toledo nach Pittsburg, die als sicher festgestellt und über Canton geführt werden soll, wird von unsern Bürgern mit vielem Interesse besprochen, und wird ohne Zweifel die Subscription in Stocks reichlich genug ausfallen, um Canton als einen der Hauptpunkte zu sichern.

Das Tennessee-Fieber scheint bereits schon etwas nachzulassen, wahrscheinlich, weil dort auch nicht alles Gold ist was glänzt.

Achtungsvollst Ihr
Hannes.

(Correspondenz der „Pa. Staatszeitung.")

Zeitgemäße Rechts-Fragen.

Weh' — wenn der Mensch nach Gaben
Des Geistes, sich nicht fügt,
Strebt einen Platz zu haben,
Dem er entfernt nicht g'nügt.

Wenn sich zu Richtern setzen
Der ganzen Nation,
Die selbst das Recht verletzen,
Laut Constitution.

Und wenn woll'n die regieren,
Der Hochverräther Brut,
Die nichts als rebelliren,
In wilder Herrscherwuth.

Wenn das ein Volk erduldet;
Läßt ungestraft gescheh'n;
Hat es den Fall verschuldet—
Wird schmachvoll untergeh'n!

Darf ein Richter oder Gericht die Gesetze verdrehen nach seiner Willkür und Laune, so daß er Handlungen als Verbrechen erklärt, die er vor kurzem als heilige Rechte vor Gott und den Menschen selbst festtellte, und darf er umgekehrt solche heiligen Rechte, die er auf Grund des Gesetzes festgestellt, zu jeder Zeit als die strafbarsten Verbrechen erklären, sobald er es nur will?! —

Darf ein Richter — oder Gericht — ungestraft derselben Verbrechen sich schuldig machen, um derenwillen sein Richterspruch, Andere zu noch so schweren Strafen verurtheilt hat?! —

Zum Exempel: Wenn Jemand gestohlen hätte und zur Zuchthaus-Strafe verurtheilt worden wäre, dürfte der Richter — oder das Gericht, die Familie des Verurtheilten daheim wieder bestehlen; oder wenn Jemand gemordet hätte und zum Tode verurtheilt worden wäre, dürfte der Richter — oder das Gericht — ebenfalls wieder ein Familienglied des Verurtheilten ermorden? und wenn Bürger als Hochverräther erklärt und verurtheilt worden wären, dürfte der Richter — oder das Gericht — wiederum Hochverrath an den constitutionellen und nationalen Rechten der Familien oder des Volkes der Verurtheilten begehen?! —

Mit Entrüstung werden Alle wie aus einem Munde antworten:

„Welche ungehörige Fragen das sind; als ob es sich nicht von selbst verstünde, daß weder ein Richter noch ein Gericht so beispiellos und verworfen handeln dürfte und es auch gar nicht wagen würde, sollte dessen Charakter noch so nichtswürdig sein; denn wo das geschehe, da könnte kein Land—ja die ganze Welt nicht bestehen!"

Jedoch, geehrte Leser und Freunde der Wahrheit und Gerechtigkeit, sind diese Fragen vor unserem republikanischen Volke ganz zeitgemäß, und verdienen die gründlichste Erwägung und Vergleichung mit der Reihenfolge der Ereignisse in den letzten zehn Jahren unserer Volksgeschichte, um zu untersuchen, ob wir selbst am Ende solche verworfene Charakter unter unseren Richtern — oder Gerichten — finden, und ob wir gar selbst das Volk sind, das sich solche ungehörige Handlungen von Seiten derer gefallen läßt, die sich als Richter dem Volke aufzwingen; damit wir uns in der Zeit vor dem Untergange zu wahren vermögen!? —

Ja es hält nicht schwer, und wir dürfen gar nicht weit zurückblicken auf unsere Geschichte, so finden wir tausende treffende Beispiele, die nachweisen, daß wir selbst das übel berathene Volk sind, dessen Gesetze die herrschende Partei der Abolitionisten ganz nach Willkür und Laune handhabt; die sich all' der Verbrechen schuldig macht, deren sie Andere beschuldiget und sie dann auf das schwerste verurtheilt. Sie ist die Partei, welche die Secession in's Leben gerufen, die das Recht der Secession anerkannte und zum Heile für das nördliche Volk die Secessirung der nördlichen Staaten verlangte; sie ist die Partei, die gewaltsam die südlichen Staaten aus der Union zu stoßen drohte, wenn sie nicht freiwillig aus dem Bunde treten würden. Kurz bevor die südlichen Staaten endlich um des Friedenswillen ihren Austritt aus der Union erklärten, sprachen sich die hervorragendsten Führer der Abolitionisten offen aus — darunter Greeley — daß der Süden das Recht habe aus der Union zu scheiden, und daß er nicht gezwungen werden könne und dürfe, in der Union zu bleiben; so bald als aber die südlichen Staaten den Austritt aus der Union erklärt hatten, da heuchelte die Abolitionisten Partei Grundsätze, die sie als bitterer Feind stets mit höllischem Hasse bekämpfte: "daß die Union erhalten werden müsse" und sie berief sich auf die Constitution, die sie als einen Contrakt mit der Hölle erklärt hatte, von der sie nur sagte "sie sei des Papieres nicht werth worauf sie geschrieben steht"!

Kurz, die herrschende Abolitionisten Partei warf sich zum Richter über das Volk des Südens auf, verurtheilte es auf Hochverrath wegen Secession, und vollstreckte das Urtheil auf Kosten des Geld und Blutes des nördlichen Volkes, indem es gezwungen ward, gegen die südlichen Patrioten zu kämpfen, die so heldenmüthig ihre constitutionellen Rechte vertheidigten, welche die Väter unter Washington als Erbtheil für ihre Kinder, unter ebenso schweren Kämpfen erfochten. Die südlichen Staaten wurden von einer beispiellosen Uebermacht von Seiten des Nordens verwüstet; sie gaben endlich den Kampf auf, erfüllten die Friedensbedingung: "die Union perpetual zu halten", d. h. auf ewig und unauflösbar die Union bestehend zu betrachten. Kaum war der Friede geschlossen, so warf sich die Abolitionisten-Partei wiederum als Richter auf und verwarf die Union, mit deren Zauber sie das nördliche und südliche Volk heuchlerisch um Gut und Blut betrogen, die Constitution wurde nun ungescheut bei Seite gesetzt und alle Gesetze von der Abolitionisten-Partei nach Willkür und Laune erlassen, selbst die constitutionellen Rechte des Präsidenten und der Supreme-Court auf die rebellische Weise angegriffen, mit der sie alle Handlungen ihrer Gewaltanmaßung und Zerstreuungswuth gegen die republikanischen Institutionen begeht.

Es ließe sich ein volles Buch der Beispiele schreiben, daß die Abolitionisten-Partei, welche sich dem Volke als unberufener Richter aufzwingt, die Constitution aufhebt und jede gesetzliche Autorität vernichtet, dem Richter — oder Gericht — auf das treffenste gleicht, über dessen Gerichtsverfahren die zeitgemäßen Rechtsfragen aufgestellt sind. Hat diese Partei nicht das selbe Verbrechen der Secession ausgeführt um dessenwillen sie den langen blutigen Krieg geführt? Ja noch viel gröber, denn ein Staat ist souverän, hat sein vollständiges u. selbstständiges Gouvernement, aber Counties sind nicht selbstständig und haben keine vollständige Regierung, sie gehören unter die Controle der Staatsregierung in ihrer Gerichtsbarkeit und Gewerbsthätigkeit; auf das Unnatürlichste haben daher die Abolitionisten, die Secession der westlichen Counties Virginiens von Virginien, dem souveränen Staate ausgeführt, und bis heute den secessirten Staatentheil von Virginien, widerrechtlich als Staat, unterm Namen West-Virginien anerkannt und sich desselben Verbrechens wiederum schuldig gemacht, das sie mit so vielen Menschenleben und schweren Opfersummen, grausam bestraften!

Das Volk wird aber einsehen, daß bei solchen Handlungen einer Partei, die sich so die richterliche und executirende Gewalt anmaßet, die Republik zu Grunde gehen müßte, und es wird seine wahren National Verbrecher zu bestrafen wissen!

Frohlockt nicht, daß zum Bürgerkrieg'
Ihr habt das Volk gereizet und verleitet,
Wie große Schätze durch den Sieg
Und Herrschermacht Ihr auch erbeutet;
Weh' Euch! Wie viele Kümmerniß
Und großes Unheil Ihr bereitet;
Sie kommt — sie kommt — sie kommt gewiß—
Sie kommt — sie kommt — die Nemesis,
Ob sie auch langsam schreitet!
Verhöhnt nur froh des freien Volkes Rechte,
Ihr mögt Euch noch der Herrscher-Macht erfreu'n,
Doch Hochverräther! anstatt Eure Knechte,
Werden die Bürger Eure Richter sein!
Gebt acht: "so wie die Thaten, so der Lohn"
Die Nemesis erreicht Euch schon! —

F. H.

Wilmington, Del., Februar 29, 1868.

Aus Europa.

Würtemberg.

Stuttgart, 4. Feb. Kaum haben die Trümmer der in Gailsdorf abgebrannten Häusermassen zu rauchen aufgehört, als heute schon wieder die Kunde hierher angelangte, daß das Städtchen Rosenfeld im Oberamt Sulz gestern fast gänzlich eingeäschert worden ist. 16 Häuser sind abgebrannt und 85 Familien sind obdachlos. Wie für die Gailsdorfer, so haben hier in Stuttgart sofort Sammlungen für die Rosenfelder begonnen. Der König und die Königin sowie die Mitglieder der Kammer der Abgeordneten schickten auf der Stelle Geldsummen ab, damit die erste Noth gedeckt werde. Die Bewohner Stuttgarts legen bei solchen Gelegenheiten einen wahrhaft bewunderungswürdigen Wohlthätigkeitssinn an den Tag.

Vorige Nacht wurde in der Nähe von Kaufbeuren ein gräßliches Verbrechen begangen. In der außerhalb der Stadt gelegenen Villa des Fabrikanten Schrader wird Nachts angeläutet; die Hausjungfer öffnet die Thür und wird im Nu erdolcht. Die Banditen drangen hinauf in das Schlafgemach der Schraderschen Eheleute, denen sie ein eben so schnelles Ende bereiteten, wie der Hausjungfrau. Als die Dienerschaft, welche in einem Nebengebäude schlief, am andern Morgen erwachte und in die Villa eintrat, fand sie die Leichen in ihrem Blute und alle Schränke ꝛc. erbrochen. Es stellte sich heraus, daß Kostbarkeiten und Werthpapiere im Werthe von fl. 200,090 geraubt waren.

Schweiz.

Bern. 4. Febr. In furchtbarer Aufregung schreibt man dem Berner Blatt aus Seedorf bei Aarberg im Kanton Bern, befindet sich die hiesige Bevölkerung. Nachdem am Samstag auf Sonntag durch frevelhafte Hand ein großes Bauernhaus in Brand gesteckt worden, wurde Sonntag Abends das Strohhüttchen des Wegknechts in der Steingrube verbrannt und Mittwoch Abends rief die Sturmglocke neuerdings zu Hülfe, nach Lobsigen. Es brannte in einem ältern Hause. Auch hier ist auf's Bestimmteste Brandlegung anzunehmen. Am gleichen Abend soll auch in Niederried Feuer angelegt worden sein; wurde aber noch rechtzeitig entdeckt. In den meisten hiesigen Ortschaften haben sich die Bewohner freiwillig zu Nachtwachen vereinigt.

Auch in der Nacht vom 28. auf den 29. Januar sah man von der Berner Hochwacht in verschiedenen Richtungen vier Brände; in diesem Monat hat man 13 Brände gesehen, und zwar der größere Theil gegen dem Seeland. Eine erschreckende Erscheinung!

Aargau. Als vor einigen Tagen der Gefangenwärter in Bremgarten in das Gefängniß des Heinrich Koller (Heinebuben) von Oberwyl trat, warf ihm dieser den Kübel mit Inhalt an den Kopf und nahm Reißaus. Auf den Hülferuf des Gefangenwärters eilten zwei Knechte mit einem Hunde dem Sträfling nach. Dieser, sich verfolgt sehend, nahm bei der Wahlbruderei einen Sprung über ein hohes Bord gegen die Reuß hinunter und verschwand; aber der Hund witterte den Unsichtbargewordenen und so wurde er wieder gefunden und in das Gefängniß zurückgeführt. Man fand ein starkes Messer bei ihm, welches er bei der ersten Verhaftung nicht gehabt hatte.

Prinz Napoleon in Deutschland.

Berlin, 15. März. Prinz Napoleon ist nach Paris zurück gereist. Es wurden eine Menge Festlichkeiten ihm zu Ehren hier veranstaltet und er wurde überall in Deutschland aufs Herzlichste empfangen. Ueber den Zweck seiner Reisewerden viele Vermuthungen aufgestellt, doch ist nichts Bestimmtes darüber bekannt.

Locale Neuigkeiten.

Lancaster, Pa.

Donnerstag, März, 19, 1868.

Neues County. — Die Bürger von Columbia in Lancaster, und Wrightsville in York County sind daran, ein neues County aus Theilen von Lancaster und York Counties zu formiren, mit Columbia als Countysitz. Bei einer neulichen Versammlung des Stadtraths von Columbia wurde ein Beschluß passirt, eine Bürger-Versammlung zu berufen, und Schritte zu thun, um obigen Zweck auszuführen.

Hohes Alter.—Frau Hannah Mehrig von Leacock Township, starb am vorletzten Sonntag in einem Alter von 101 Jahren und 5 Tage. Frau Mehrig war aus Deutschland gebürtigt. Am 10 v. M. starb in Lancaster, Hr. Conrad Arnold, in einem Alter von 80 Jahren und 12 Tagen. — Hr. Arnold war einer unserer Abonnenten, und war ein Ehrenmann im vollsten Sinne des Worts. — Möge er sanft ruhen!

Feuer. — Während den letzten paar Wochen sind in verschiedenen Theilen des Counties Wohnhäuser und dgl. durch Feuer zerstört worden. Vorletzten Dienstag brannte das Haus des Hrn. John Schreck in Manheim Township, nahe der Stadt Lancaster nieder, und wurde mit dessen gesammtem Inhalte zerstört. Herr Schreck war abwesend zur Zeit des Feuers, indem er einem Nachbar beim Ziehen behülflich war.

Vorigen Mittwoch Morgen um 5 Uhr brach Feuer aus in dem Stohr von John Allen zu Cooperville in Sadsbury Township. Das Stohrhaus und die angrenzende Wohnung von Samuel Simmons wurden eingeäschert. Beinahe der ganze Inhalt des Stohrs wurde verbrannt; nur wenige der Waaren wurden gerettet.

Vorletzten Samstag Nachmittags gerieth das Wohnhaus des Herrn Nißley nahe bei Mountjoy in Brand. Das Feuer wurde, ohne vielen Schaden zu thun, gelöscht.

Am letzten Dienstag gerieth die Maschinen-Werkstätte der Herren Landis und Bruder in der Chesnut Straße, Lancaster in Brand, wurde aber noch zeitig gerettet, ehe es vielen Schaden thun konnte.

Am Mittwoch morgen brannte die Scheuer des Hrn. Fr. W. Coonly, Kohlenhändler, an der James Straße nieder, und wurde mit dessen ganzem Inhalte ein Raub der Flammen.

Gefängniß-Inspektor. — Dr. Wm. Compton wurde vorletzten Montag, durch die Gefängniß-Inspektoren, als Gefängnißarzt an die Stelle des verstorbenen Dr. John F. Huber, erwählt.

Assessor vom National-Bankstock. — Hr. Thomas S. Veltman ist als Assessor vom National-Bankstock für Lancaster County angestellt worden.

Ein fataler Irrthum. — Frau Mary Eschleman, Ehegattin des Hrn. Peter Eschleman, von Mountjoy, fühlte sich am vorletzten Donnerstag unwohl, worauf sie etwas einnahm, das sie für Medizin hielt. Kurz darauf erkrankte sie sehr bedenklich und ein Arzt wurde herbeigerufen, welcher bald ermittelte, daß die von Frau Eschleman eingenommene vermeintliche Medizin Arsenik war. Sie starb noch denselben Abend.

Verschwunden. — Vorige Woche, wie der Mountjoy Herald vom letzten Samstag berichtet, verließ Joseph Keener, ein Einwohner von Pennville in diesem County, seine Heimath mit eine Heerde Pferde, welche er in Lancaster verkaufte, seit welcher Zeit man nichts von ihm gehört hat. Er hatte eine große Geldsumme bei sich und seine Vermögensumstände befinden sich in einem zahlungsunfähigen Zustande. Irgend eine Nachricht seines Aufenthaltes wird von seinen Creditoren dankbar angenommen.

Alte Oefen. — Es wurde neulich in den Zeitungen gemeldet, daß sich ein Ofen im dem Gesetzgebungs-Gebäude zu Richmond, Va., befindet, worauf der Datum "1770" steht. Man vermuthete damals, daß dieser der älteste Ofen im Lande sei. Aber es befindet sich einer im Quäker-Versammlungshaus zu Enterprise in diesem County, welcher den Datum "1764" und den Namen von "H. W. Steigel" trägt. Der Ofen wird noch immer dort gebraucht. Steigel war ein reicher deutscher Edelmann und Gründer von Manheim in diesem County.

Liste der Jurors,

Welche bei dem April Termin der Court der vierteljährlichen Sitzungen zu dienen haben, anfangend Montag, den 23sten April 1868.

Grand-Jurors.

Jacob Barnhart, West Donegal; Benj. B. Breneman, Elisabethtown; William Diller, Stadt; Henry M. Engle, West Donegal; John S. Fry, Lancaster Township; Robert Gibson, Little Britain; Peter Hottenstine, Rapho; F. Herr, West Lampeter; Dr. John Levergood, Stadt; Robert S. McIlvain, Paradise; Abraham Peters, Manor; Henry Plasterer, Penn; Henry Rauch, Warwick; David Roath, Marietta; Jacob K. Schenck, Manor; Samuel Slokum, Sadsbury; Jacob B. Schuman, Manor; Georg Spindler, Stadt; Adam Schäffer, Ephrata; Geo. Whitson, Bart; G. Wiant, Stadt; John Zimmerman, Stadt; M. Zahm Stadt; Franklin Breneman, Providence.

Petit-Jurors.

John M. Amweg, Stadt; Samuel Arms, Columbia; Lewis Brown, Fulton; Robert Buchmiller, Stadt; Geo. W. Boone, Bart; Abraham E. Bär, West Cocalico; C. H. Charles Manor; Samuel Cooper, Columbia; Lemuel Chew, Ost Lampeter; Jas. P. Cushman, Marietta; Nicholas Clepper, Maytown; Christian S. Erb, Conoy; Anthony Ernst, Millersville; Simon Engles, Conoy; Peter Elser, Clay; J. B. Frey, Manor; Philip Fitzpatrick, Stadt; J. Garber, West Hempfield; William J. Granell Drumore; Jacob Gamber, Manor; H. H. Gillespie, Colerain; Eli Hoffman, Maytown; Ephraim Hostetter, Manheim Boro; Daniel Heitschu, Stadt; Jacob L. Herschey, Ost Hempfield; Henry Kehler, West Hempfield; John P. Kilburn, Strasburg Boro; Charles W. Kryder, Warwick; Edward Konigmacher, Ephrata; David Lefever, Ober Leacock; Joseph McClure, Bart; John Markley, Conoy; David E. Moyer, Strasburg; Israel B. Musselman, Brecknock; Adam Zutter, Bart; Abm. Summy, Marietta; John A. Styer, Carnarvon; Abm. Sides, West Lampeter; P. Saylor, Columbia; Georg E. Strump, Ost Cocalico; Wm. Sproul, Colerain; Calvin A. Schaffner, Marietta; Jeremiah Salada, Ost Cocalico; Isaac Schißler, Manheim; Isaac E. Thompson, Paradise; Georg Wehrly, Stadt; Geo. W. Wormly, West Donegal; Martin Weidler, Ober Leacock.

Jurors für die Court von Common Pleas,

Anfangend Montag, den 27sten April 1868.

Samuel Brook, Providence; Joseph Boyer, Mountjoy Township; James Coyle, Stadt; James Clark, Marietta; J. Campbell, Manor; William Dungan, Eden; John Deaner, Stadt; Adam Dietrich, Ost Hempfield; Thomas Ferguson, Colerain; Jacob B. Garber, West Hempfield; Edwin Garrett, Sadsbury; Benjamin B. Getz, Stadt; Alexander Galt, Salisbury; B. F. Houston, Salisbury; John D. Harrar, Sadsbury; John B. Hamaker, Elisabethtown; Christian Hoffman, West Hempfield; E. Haldeman, West Hempfield; Jacob Kohr, Manheim Township; H. S. Kerns, Salisbury; John B. Kaor, Leacock; James G. Morrison, Colerain; Robert McFadden, Mountjoy Boro; Soloman H. Myers, Ober Leacock; Jacob Ohmit, Washington Boro; J. Frank Paron, Little Britain; John Pinkerton, Mountjoy Boro; Slater B. Russel, Drumore; John M. Rutter, Bart; M. M. Strickler, Columbia; John A. Scheaff, Stadt; B. Simpson, Martic; Martin Senseniq, Carnarvon; Elwood Stubbs, Drumore; John M. Stehman, Penn; Emanuel Schober, Stadt; Julius L. Schuman, Manor; Joseph C. Taylor, Little Britain; John Witlinger, sen., Stadt; John S. Wallace, Ost Earl.